

Grundlinien einer grünen Außenpolitik in Bezug auf Südostasien

Vor dem Treffen der Außenminister der Europäischen Union und der ASEAN-Staaten in Karlsruhe veranstaltete am 17.9.94 Bündnis 90/Die Grünen eine Konferenz über "Alternativen im ASEAN-Raum" in Karlsruhe. Ihr Europa-Abgeordneter Wilfried Telkämper faßte zum Abschluß der Konferenz die Positionen seiner Partei zusammen.

Zunächst einmal grundsätzlich: Die Grünen haben immer wieder betont, daß die Solidarität mit den Völkern der "Dritten Welt" wichtiger Bestandteil ihrer Politik ist. In der politischen Praxis hat sich zwar manchmal gezeigt, daß den Grünen andere Politikfelder mehr bedeuten als die internationalen ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge; dennoch kann man sagen, daß Dritte-Welt-Politik bei den Grünen eine wichtigere Rolle spielt als bei anderen Parteien. Nun ist andererseits die "Dritte Welt" immer schon ein fragwürdiger Begriff gewesen und ist es nach dem Wegfall der "Zweiten Welt", dem realsozialistischen Block, erst recht. Fragwürdig ist der Begriff aber auch in bezug auf die Länder Ost- und Südasiens, die einen raschen Prozess nachholender Industrialisierung durchlaufen und von ihrer Wirtschaftskraft her durchaus als "Aufsteiger" aus der "Dritten Welt" betrachtet werden können – oder dabei sind, es zu werden.

Diese Länder sind ein immer wichtiger werdender Bestandteil der Weltwirtschaft. Und weil wirtschaftliche Stärke immer auch politische Macht bedeutet, geht mit der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung dieser Länder auch ein wachsendes politisches Selbstbewußtsein jedenfalls der Eliten und Mittelschichten dieser Länder einher.

Nun haben wir heute erfahren, daß es keineswegs so ist, daß vom südostasiatischen Wachstumsmodell alle Gesellschaftsschichten gleich profitieren würden. Ganz im Gegenteil: in vielerlei Hinsicht gibt es Spaltungen dieser Gesellschaften, die durch das herrschende Wachstumsmodell noch verstärkt werden – sie sind geradezu charakteristisch für ein Wachstumsmodell, das sich selbst so definiert: Politische Stabilität – lies: autoritäre Regimes – und Wirtschaftswachstum gehen vor Demokratie, Menschenrechte und Ökologie. Für eine grüne Politik sind folgende Aspekte zentral:

Stadt-Land-Gegensatz

Immer größer wird die Kluft zwischen boomenden urbanen Ballungszentren und zurückbleibenden, ausblutenden ländlichen Regionen. Megastädte wie Bangkok oder Manila sind inzwischen in jeder Hinsicht Moloche, die tagtäglich größer werden, weil die Menschen im Hinterland keine Perspektive mehr sehen. Die forcierte Handelsliberalisierung auch für Agrarprodukte ist zudem längst zu einer existentiellen Bedrohung von Bau-

ern und Bäuerinnen in vielen Ländern Asiens geworden.

Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit

Während die Mittelschichten in den asiatischen Ländern wachsen und die wichtigsten gesellschaftlichen Träger der Modernisierungsmodelle sind, beruht das Industriegeschäft auf dem Einsatz von nach wie vor sehr schlecht bezahlten ArbeiterInnen. Die Kluft zwischen ArbeiterInnen und Mittelschichten wächst.

Ökologie

Selbst die Weltbank stellt fest, daß das rapide Wachstum der asiatischen Länder nur durch rücksichtslose Zerstörung der Umwelt zustande kommt. Die Entwaldung Südasiens hat inzwischen so alarmierende Ausmaße angenommen, daß schon in 20 Jahren nichts mehr übrig sein wird. Auch die Verschmutzung von Luft und Wasser ist in den Ballungsräumen derart, daß es bereits schwerwiegende gesundheitliche Konsequenzen gibt.

Mißachtung der Menschenrechte

Der Industrialisierungsprozeß wurde nicht von einem entsprechenden Demokratisierungsprozeß begleitet. Hinzu kommen Verteilungskämpfe, die von einer demokratischen Austragung weit entfernt sind. Innenpolitische Spannungen werden nicht politisch gelöst, sondern gewaltsam unterdrückt, so daß es zahlreiche Menschenrechtsverletzungen gibt.

Wie auch in Europa gibt es in den südostasiatischen Ländern gesellschaftliche Kräfte, die das weltmarkt- und exportorientierte Wachstumsmodell, das die Eliten dieser Länder verfolgen, grundsätzlich in Frage stellen.

Grüne Außenpolitik gegenüber Südostasien darf nicht vergessen, diese oppositionellen Bewegungen und NGOs in den ASEAN-Ländern zu stärken und für eine bessere Kommunikation zwischen ihnen und uns zu sorgen. Die Ökologiebewegung in Asien kämpft ebenso wie wir für eine nachhaltige Entwicklung. Verlagerungen hausgemachter Probleme durch Müllexporte in ASEAN-Länder oder Kokosöl-Importe zur Produktion etwas umweltfreundlicherer Waschmittel, die die Nordsee zwar entlasten, aber in

Südostasien zusätzlichen Pestizideinsatz erfordern, sind keine Lösungen, die wir Grünen akzeptieren können.

Auf der offiziellen Politik-Ebene kommen wir nicht umhin festzustellen, daß ASEAN ein Staatenblock ist, der einen Dialog mit der EU auf der Basis der Gleichberechtigung beansprucht. Und das müssen wir akzeptieren. Die ASEAN-AußenministerInnen, die sich hier in Karlsruhe mit den EU-MinisterInnen treffen, werden nicht als Bittsteller kommen. Auch die EU weiß, daß ihre Einflußmöglichkeiten auf die ASEAN-Staaten durchaus begrenzt sind.

Auch in den ASEAN-Ländern sind uns freundschaftlich verbundene Organisationen und Bewegungen nicht der Meinung, daß die Demokratisierung ihrer Länder von außen erzwungen werden muß. Deswegen sollten wir darauf hinarbeiten, daß emanzipatorische Bewegungen hier und in den ASEAN-Ländern sich gegenseitig unterstützen.

Je stärker solche Bewegungen auch im Ausland wahrgenommen werden, desto stärker ist ihr potentiell Gewischt zuhause, desto eher sind sie vor Repressalien geschützt, und desto eher wird es autoritären Regimen verunmöglicht, sich als Alleinrepräsentanten ihrer Länder in Szene zu setzen, wenn sie etwa erklären, Menschenrechte würden nicht zur asiatischen Kultur passen oder die Abholzung der indonesischen Wälder geschehe zum Wohle des Volkes.

Wichtig ist aber auch, daß wir gemeinsam mit asiatischen Oppositionsbewegungen die Regierungen der EU kritisieren. Nur wer an die Politik der EU-Regierungen den gleichen Maßstab anlegt, kann von den ASEAN-Regierungen Demokratisierung, nachhaltige Entwicklung und Abrüstung einfordern. Wie will etwa die französische Regierung glaubwürdig die indonesische Besetzung und Kolonisierung Osttimors anprangern, wenn sie in "Neukaledonien" – Kanaky – im Prinzip dasselbe tut? Wie will die Bundesregierung die Waldabholzung in Indonesien glaubwürdig verurteilen, wenn sie noch nicht einmal zu einem Importverbot bereit ist? Letzten Endes vertreten die EU-Regierungen genau dasselbe Wachstumsmodell wie die ASEAN-Regierungen auch.

Aus der Logik dieses "westlichen" Wirtschaftsmodells ist es auch verständlich, daß im Zentrum der Außenpolitik der BRD und der EU nach wie vor grundsätzlich ihre wirtschaftlichen Interessen stehen. Wir lehnen diese einseitige Prioritätensetzung ab. Im Zentrum europäischer Außenpolitik müssen vielmehr die universellen Menschenrechte stehen. Weder die EU noch die ASEAN-Staaten messen den Menschenrechten die Bedeutung zu, die ihnen gebührt: Sie werden proklamiert, aber es folgt keine konsequente Politik zu ihrer Durchsetzung. Wo außenwirtschaftliche Beziehungen zur Stabilisierung eines repressiven Regimes beitragen, müssen sie eingeschränkt oder gar abgebrochen werden. Burma ist ein ganz klares und eindeutiges Beispiel dafür. Wie doppelbödig hier vorgegangen wird, zeigt der Vergleich mit Haiti: Sowohl in Burma wie in Haiti hat ein

Militärregime demokratische Wahlen annulliert, die mit überwältigender Mehrheit für die Opposition ausgingen. Gegen Haiti wurde ein totales Handelsembargo verhängt, die Geschäfte mit Burma blühen. Wir fordern eine glasklare Politik der Isolierung des burmesischen Militärregimes, bis das Regime abtritt. Die EU muß nicht nur selbst ihren Druck auf Rangun erheblich verstärken, sondern auch die Kontroverse mit ASEAN – in diesem Falle insbesondere Thailand – in dieser Frage suchen, aber auch mit den anderen Unterstützern dieses Regimes wie etwa China und Japan. Auch im Falle Osttimors, der krassesten Form von Menschenrechtsverletzung durch Indonesien, muß immer wieder gefordert werden, daß verbesserte Beziehungen der EU zu Indonesien vom Abzug Indonesiens aus Osttimor abhängen. Rüstungsexporte nach Indonesien, wie sie insbesondere Kohl favorisiert, sind nichts weiter als eine Beihilfe zum Völkermord.

Aber auch Fortschritte in Sachen Menschenrechte und Demokratisierung werden von der EU nicht positiv genug beantwortet. Die Antwort auf den Sturz des Marcos-Regimes waren nicht Schuldentreibungen, sondern Struktur-anpassungsprogramme auf Kosten der Armen zur Eintreibung ihrer Schulden. Die Hilfen für Kambodscha nach der Verwüstung des Landes in den 70er und 80er Jahren sind erbärmlich. Mit ein paar Blauhelmen scheint es bereits getan zu sein. Auch in Bezug auf Vietnam geschieht sehr wenig, um dem Abbau der Kommandowirtschaft auch eine politische Liberalisierung folgen zu lassen. Von der Einführung kapitalistischer Strukturen profitieren nur die FunktionärInnen und ohnehin Privilegierten. Diejenigen, die darunter zu leiden haben, können sich nicht wehren. Die geplante Aufnahme Vietnams in die ASEAN ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, auch als ein Beitrag dazu, daß Südostasien eine eigenständige Position zwischen chinesischem und japanischem Hegemonialstreben in Asien behaupten kann.

Wirtschaftsbeziehungen sind jedoch nicht nur eine Funktion demokratischer Strukturen nach dem Motto: "Mehr Demokratie – mehr Handel, weniger Demokratie – weniger Handel". Es kommt auch auf die Qualität der wirtschaftlichen Beziehungen an. Alle reden heute von "nachhaltiger Entwicklung". Die Fehler, die heute gemacht werden, werden gerade auch die ASEAN-Länder morgen teuer wieder korrigieren müssen. Asiatische NGOs können hier sicherlich von den europäischen Ökologiebewegungen manches lernen, mit dem sie gegen die in Asien weitverbreitete Meinung, "Erst einmal reich werden, dann sehen wir weiter und machen dann auch Umweltschutz!", angehen könnten. Dementsprechend müssen wir auch die Qualität der Wirtschaftsbeziehungen thematisieren: ökologisch und sozial verträgliche Investitionen und Handel fördern und vorantreiben (von der Solarenergie bis zur ökologischen Landwirtschaft); negative Beziehungen einschränken bis hin zum Verbot (Rüstungsexporte, Atom, Tropenholzimport).

Wir dürfen den Ländern Asiens nicht oberlehrerhaft sagen, was sie zu tun haben. Wir Grünen könnten so wahrgenommen werden, als würden auch wir die Privilegien der 1. Welt verteidigen – so wie es uns von den ASEAN-Eliten gerne propagandistisch unterstellt wird. Sondern wir müssen dazu beitragen, daß "Aufstieg aus der Dritten Welt" nicht bedeutet, einfach alles zu kopieren oder gar noch zuzuspitzen, was Europa, USA und Japan vorgemacht haben. In diesem Sinne spielen die asiatischen Gesellschaften eine große Rolle für die weitere Diskussion über nachhaltige Entwicklung.

Wenn es uns hier und wenn es ihnen dort gelingt, den ökonomistischen und autoritären Wachstumskurs unserer und ihrer herrschenden Eliten in eine Politik der nachhaltigen Entwicklung abzuändern, wird das für das ökologische und soziale Überleben der Menschheit von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Eine grüne Politik heißt:

- Wir müssen unsere BRD- bzw. EU-Industriegesellschaft umbauen, um auf dieser Grundlage eine ökologische und solidarische Zusammenarbeit gestalten zu können.
- Die Einhaltung der Menschenrechte, das Recht auf Arbeit, soziale Absicherung, das Recht auf eine saubere Umwelt sowie das Recht auf Freizügigkeit müssen sowohl für die ASEAN- als auch für die EU-Länder Grundlage ihrer Politik sein.
- Wir Grünen setzen uns hier für den Ausstieg aus der Atomtechnologie ein. Entsprechend darf es keinen Export dieser Technologie durch europäische Firmen geben. Gleiches gilt für den Rüstungssektor. Wir plädieren für den Erhalt der tropischen Regenwälder, folglich können wir nicht nur ein Abholzungsverbot fordern, sondern müssen in Europa den Importstop für Tropenholz durchsetzen.
- Dies alles spricht nicht gegen eine Zusammenarbeit, im Gegenteil: Eine wirtschaftliche, technologische und wis-

senschaftliche Zusammenarbeit im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist unverzichtbar. Wenn wir exportieren wollen, dann sollten wir hier Technologien und Produkte entwickeln, die ökologisch vertretbar sind und sowohl hier wie dort notwendig gebraucht werden, z.B. umweltfreundliche Nahverkehrssysteme oder energiesparende Produktionsformen. Joint-Ventures können dazu beitragen, daß der Wissenstransfer nicht nur in eine Richtung läuft. Das bedeutet auch, daß unser Markt den dort entwickelten und produzierten Gütern offensteht.

- Wir sind auch gefordert, wenn es um die Einhaltung der Menschenrechte von Frauen und Kindern geht: die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, der Handel mit Frauen, die hier in Bordelle verkauft werden, müssen in der Öffentlichkeit geächtet und bestraft werden. Das Gesetz, daß den sexuellen Mißbrauch von Kindern auch im Ausland unter Strafe stellt, muß durch ein Rechtshilfeabkommen ergänzt werden, damit diese Verbrechen konsequent verfolgt werden können. Frauen, die hier zur Prostitution gezwungen wurden, dürfen nicht abgeschoben werden, wenn sie gegen die Zuhälter und Menschenhändler Anzeige erstatten. Grundsätzlich muß hier noch einmal angemerkt werden, daß es die Armut ist, die die Frauen und Kinder in die Prostitution zwingt. Allein deshalb ist es schon wichtig, für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung zu kämpfen.

Wilfried Telkämper war langjähriger Mitarbeiter der Aktion Dritte Welt in Freiburg und ist auch Mitglied im Trägerverein der Südostasien Informationsstelle.

NRW-Vietnam-Tage im März 1995

Mit einem breitgefächerten Veranstaltungsangebot wird die *Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft e.V.* im März 1995 in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen sowie verschiedenen Institutionen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft die NRW-Vietnam-Tage ausrichten, um für den Gedanken guter deutsch-vietnamesischer Beziehungen zu werben. Zu den Veranstaltungen und Angeboten werden Fachvorträge,

Podiumsdiskussionen, Seminare, Gespräche am runden Tisch, Ausstellungen, Filme, Dia-Vorträge, Beiträge verschiedener Kulturgruppen, Lesungen, Verkaufsausstellungen vietnamesischer Produkte, Einführungskurse in die vietnamesische Küche und ein deutsch-vietnamesisches Fest zählen.

Zahlreiche Experten aus Deutschland und aus Vietnam haben bereits ihre Unterstützung bzw. Mitwirkung zugesagt.

Kontakt und Informationen:

Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft e.V.,

Postfach 140241, 40072 Düsseldorf, Tel. 0211-489772, Fax 0211-489562